

## Eine Lanze brechen für die Rentner

Walter Rehberg (NZZ 2. 6. 09) überträgt nicht, wenn er die Transferleistungen von Alt zu Jung beschreibt. Selbst die Verfasser des «Generationsberichts Schweiz» waren von deren Höhe überrascht. Pasqualina Perrig-Chiello spricht von zahllosen Pflegeplätzen und 50 000 Krippenplätzen, die der Staat finanzieren müsste, wenn nicht Töchter die Eltern pflegten und Gross- oder sogar Urgrossmütter die Enkelkinder hüteten. Die Veränderungen in den Familienstrukturen, die deutlich geringere Bindung auch der mittleren Generationen an überlieferte Werte und die hohe Beschleunigung der Veränderungen in der Alltagskultur durch vielfältige Medieneinflüsse bewirken mit zahlreichen weiteren Faktoren zusammen zwar, dass die üblichen Interessenunterschiede zwischen den Generationen sich verstärken. Es war in diesem Zusammenhang oft vom «Generationenkrieg» die Rede. Der «Generationsbericht Schweiz» hat jedoch klargestellt, dass die Redeweise überhaupt nicht zutrifft. Die Solidarität unter den Generationen, die Unterstützung innerhalb der Familien und die Erfüllung der gegenseitigen Verpflichtungen sind in Wahrheit gross. Die finanziellen Transferleistungen können recht gut die 3,5 Milliarden Franken erreichen, von denen Rehberg spricht. Die Veränderungen in der Schweizer Gesellschaft haben unter den Generationen zu einer «Nähe aus Distanz» geführt, zu einem Engagement (der Grosseltern oder sogar Urgrosseltern) ohne Einmischung (in die Erziehung der En-

kel), wie François Höpflinger es nennt, ein weiterer Mitverfasser des «Generationsberichts Schweiz».

René Künzli  
Präsident der TerzStiftung (Berlingen)

Der Patient Gesundheitswesen liegt auf der Intensivstation. Trotz steten Beuerungen unserer Behörden, die Krankheitskosten längerfristig in den Griff zu bekommen, ist die Kostenentwicklung nicht gebremst worden. Die Ursachen für diese Kostensteigerungen sind äusserst vielfältig. Hauptgrund ist aber wohl die veränderte gesellschaftspolitische Entwicklung. Was noch bis vor einer Generation selbstverständlich war, soziale Betreuung für die Kinder und vor allem aber für die alten Leute im engeren Familienkreis selbst zu tätigen, ist immer mehr, auch in ländlichen Gebieten, am Verschwinden. Sehr vieles, was früher ohne Kostenfolge für die Krankenkassen oder die Öffentlichkeit von den jetzigen AHV-Bezüglern noch geleistet wurde, wird von der jetzt aktiven Generation delegiert, mit enormen Kostenfolgen. Sicher mögen es die AHV-Bezüglern, welche die harten Kriegszeit miterlebten, der heutigen Generation gönnen, wenn diese nicht mehr so lange und hart arbeiten muss und zudem noch unentgeltliche oder ehrenamtliche soziale Funktionen zu erledigen hat. Wenn aber die aktive Generation nicht mehr bereit sein sollte, wie bis anhin gleiche Krankenversicherungsbeiträge zu leisten, begehen wir einen äusserst unsozialen und gefährlichen Weg.

Walter Egli (Zürich)

## Wieso kein Schweizer Ethikpräsident?

Der Bundesrat hat auf Antrag von Bundesrat Pascal Couchepin den Philosophen Prof. Otfried Höffe der Universität Tübingen zum Präsidenten der Nationalen Ethikkommission (NEK) gewählt. Laut NZZ vom 29. 5. 09 ist Professor Höffe ein «Star» der Branche – und angesichts seines Leistungsausweises möchte dem wohl niemand widersprechen. Was in der Mitteilung nicht angesprochen wird, ist die Kernanforderung an den Präsidenten der NEK, über ein tiefes Verständnis für die besonderen ethischen Sensibilitäten der schweizerischen Bevölkerung zu verfügen. Ethik ist ja keine exakte Wissenschaft, sondern immer ein Spiegel der Geschichte, Kultur, Religion und der zeitgenössischen Gegebenheiten in ihrem Geltungsbereich. Letzteres wird etwa deutlich an der kontroversen Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch

in verschiedenen europäischen Ländern oder an der ganz unterschiedlichen Einstellung zur Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen in den USA unter den Regierungen Bush und Obama.

Ein Präsident der NEK mit fremden Wurzeln, der mit den schweizerischen Eigenheiten nicht vertraut ist, wird es nicht leicht haben, immer die richtigen ethischen Antworten zu finden. Gegner in brisanten Angelegenheiten werden kaum zögern, zum Argument der «importierten» Ethik zu greifen. Bei schweizerischen Kandidaten hätte diese Gefahr nicht bestanden. Die Frage darf an dieser Stelle aufgeworfen werden, weshalb für dieses Amt kein Schweizer Anwärter berücksichtigt wurde.

Prof. Hans Kummer (Basel)  
Ehemaliger Präsident der Ethikkommission beider Basel

## Veraltetes Gesundheitssystem

Praxisgebühr und Prämienverbilligung sind – entgegen der Ansicht des Bundesrats (NZZ 30. 5. 09) – keine Mittel, um die ständigen Prämien erhöhungen in der Krankenversicherung zu verhindern oder zu dämpfen. Grosse Teile der Bevölkerung können sich die Gebühr von 30 Franken nicht mehr leisten, sie werden daher einen Arztbesuch auf die lange Bank schieben, bis es unter Umständen zu Notfallsituationen kommt. Diese können auf Dauer wesentlich teurer zu stehen kommen. Und die Prämienverbilligung? Sie ist eine indirekte Subvention überhöhter Prämien und dient nicht etwa den Prämienzahlern,

sondern der Absicherung der Pfründen von Krankenkassen, Pharmaunternehmen, Verwaltungsräten, Ärzteschaft und Lobbyisten in diversen politischen Ämtern und Positionen. Wenn man das verhindern will, muss man das heutige Gesundheitssystem als veraltet und abgewirtschaftet abschreiben und neue Wege beschreiben. Und die fangen, allen Widerständen zum Trotz, mit der Abkehr vom «Kopfprämiensystem» an. Eine Umstellung auf einkommensbezogene Prämien bringt eine gerechtere Belastung des Individuums als die pauschale Gleichbehandlung aller Einkommen.

Werner Küntzel (Uster)

## «Motiv der Abzocker»

Der Meinungsartikel von msn. in der Ausgabe vom 28. 5. 09 erscheint mir nicht ausgewogen. Wenn sich die Öffentlichkeit in die Gehaltsfestsetzung der Grossfirmen einmischen will, so ist das nicht Populismus, wie msn. abschätzig meint. Ebenso ist seine Meinung unbewiesen, dass das Abzockerium für die Mehrheit der Mitarbeitenden irrelevant sei. Es geht um das Gleichgewicht zwischen Kapitalgebenden und Beschäftigten, welches von einem Teil der oberen Kader nicht respektiert wird. Wenn kleine Kreise sich gegenseitig Führungs- und VR-Posten mit hohen Gehältern zuhalten, so bedienen sie sich am Vermögen der Allgemeinheit, der AHV und der Pensionskassen. In meinen Augen ist Eitelkeit ein wichtiger Faktor der Abzocker; ein Firmenchef möchte gegenüber einem anderen mit seinem höheren Gehalt kokettieren. Und das sollen wir alle bezahlen?

Hinrich Lohmann (Ittingen BL)

Ich teile weitgehend die Meinung von msn. Der letzte Satz mit der Schlussfolgerung hingegen stösst mir sauer auf! Wenn Unternehmen staatliche Hilfe in

Anspruch nehmen müssen, um die Unabhängigkeit zu bewahren und um nicht in Konkurs zu gehen, haben deren Manager versagt. Mit dem Eingriff des Staates ist das gelobte freie Unternehmertum beendet, und für die Entschädigungen in Form von Löhnen, Boni, Prämien usw. müssen andere Regeln gelten. Erst wenn ein Unternehmen die ganze staatliche Hilfe zurückbezahlt hat, kann es wieder in das «freie Unternehmertum» entlassen werden.

Ich frage mich sogar, ob die Kartellbehörden nicht versagt haben, wenn in einem Land ein Unternehmen plötzlich als zu wichtig eingestuft wird, als dass es in Konkurs gehen darf. Irgendwann ging doch da die gesunde Konkurrenz verloren, oder?

Ich bin auch Ihrer Meinung, dass das Stimmrecht der Aktionäre gestärkt werden muss. Die «Stimmrechte» der eigenen Vermögensverwalter und Anlagefonds und auf den eigenen Positionen müssen abgeschafft werden. Aber auch dies dürfte schwierig werden, gerade wenn auch die NZZ und die FDP auf den alten, aber nicht bewährten Positionen verharren.

Eugen Urech (Widen)

## Wird die Schweiz von Irland lernen?

Die Praktiken in den katholisch geführten Heimen in Irland in den 1930er und 1940er Jahren, gekennzeichnet durch Prügelstrafen, Demütigung, Kinderarbeit, sexuellen Missbrauch und Ignorieren von Beschwerden, fortgesetzt bis in die 1970er Jahre, entsprechen jenen, welchen auch Zehntausende von Heim- und Verdingkindern in der Schweiz in katholischen wie auch in anderen Institutionen sowie in bäuerlichen Betrieben ausgesetzt waren. Doch wo bleibt ein offizieller 5-bändiger Report zu den Geschehnissen in der Schweiz? Wo die Entschuldigung der Regierung? Und wo die Entschädigung für die Opfer?

Die irischen Instanzen sprechen den Opfern eine Entschädigung von mehr als einer Milliarde Euro zu (was der NZZ-Artikel vom 25. 5. 09 nicht erwähnte), der Präsident entschuldigte sich, der offizielle Bericht empfiehlt die Errichtung eines Mahnmals. In der Schweiz werden einschlägige For-

schungsprojekte minimiert, eine offizielle Entschuldigung und schäbige Entschädigungen erhielten einzig jene Opfer, die aus jensichen Familien stammten und als solche einer gezielten ethnischen Verfolgung unterlagen. Die zahlreichen anderen Verding- und Heimkinder gingen bisher leer aus.

An den fehlenden Staatsfinanzen kann es nicht liegen, denn diese flossen für die gut verdienenden Herren der UBS ja raschestens in mehrfacher Milliardenhöhe. Die Akten der Heime und Anstalten bleiben vielfach unter Verschluss oder werden vernichtet, Betroffenen wird der Aktenzugang, auf den sie ein Recht haben, vielfach erschwert oder gar verunmöglicht. Ein offizieller Bericht, eine offizielle Entschuldigung an alle Betroffenen, angemessene Entschädigung aller Opfer, Errichtung eines Mahnmals – Politikerinnen und Politiker, Behörden und Private stehen auch in der Schweiz in der Pflicht.

Thomas Huonker (Zürich)

## Das Zürcher Taxiwesen kantonal regeln

Der Gemeinderat ist wahrlich die falsche Behörde, um irgendwelches Sagen in Bezug auf das Taxiwesen zu haben (NZZ 4. 6. 09). Das Strassenverkehrsamt ist eine kantonale Angelegenheit, und es gibt ja auch keine eigenen Kontrollschilder für die Stadt Zürich – warum dann nicht auch die Taxis unter kantonale Kontrolle stellen? Damit könnte der grösste Unsinn im Strassenverkehr endlich verhindert werden: dass Flughafen-Taxis aus der Stadt Zürich leer zurück nach Kloten fahren und Stadtzürcher Taxis vom Flughafen leer in die Stadt zurückfahren müssen. Jeder fremde Fluggast, dem man von dieser umwelt-unfreundlichen Bestimmung erzählt, schüttelt bestenfalls den Kopf oder denkt sich etwas Negatives über die komplizierten Schweizer Verhältnisse.

Georges M. Teitler (Zollikon)

## Wunschenken der Bankenaufsicht

Solange Abgangsentschädigungen, Vorauskasse und Prämien ans Topmanagement (z. B. beim Verkauf der Firma) nicht verboten werden, bleiben die Vorstellungen der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) ein Wunschenken. Noch immer glaubt die Aufsichtsstelle, mittels besserer Offenlegung der Gehälter (mittlerweile sogar für die normalen Mitarbeiter) die Abzockerei unterbinden zu können. Wie will die Finma all die Vergütungssysteme bei unzähligen Institutionen überwachen, wenn sie nicht einmal in der Lage war, ihre Hauptaufgabe zu erfüllen, nämlich den Fall UBS zu verhindern? Es ist nicht die Aufgabe des Staates oder einer Staatsstelle, sich in die Vergütungspolitik einer privatrechtlichen Gesellschaft einzumischen.

Thomas Minder (Neuhausen)

## Die EU-Kommission sorgt für Wachstum

Sachkundig und prägnant berichtet die NZZ (Ausgabe vom 4. 6. 09) über Brüsseler Vorschläge zur Beschäftigungspolitik, mit denen die Kommission den raschen Zugang zu 19 Milliarden Euro aus dem Europäischen Sozialfonds sicherstellen will, damit diese auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise 2009/10 zur Finanzierung von Kurzarbeits- und Weiterbildungsprogrammen zur Verfügung stehen: dies ohne Neuverschuldung, unter Verzicht auf Co-Finanzierung durch die Mitgliedstaaten mit dem Ziel, ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Weitere 500 Millionen Euro sollen KMU zur Verfügung gestellt werden, die unter der Kreditklemme leiden.

Im Kommentar der NZZ werden diese Massnahmen überraschend zur «Anbiederung der Kommission an Europas Wähler» umgedeutet. Diese Kritik ist aus zwei Gründen ungerechtfertigt: Zum einen ist bekannt, dass die Abgeordneten zum Europäischen Parlament und nicht die Kommission zur Wahl ansteht; zum anderen belegen die Massnahmen vielmehr, dass die Kommission rasch handeln kann, Verfahren vereinfacht und beschleunigt und sich dabei nicht hinter Kompetenzdiskussionen versteckt. Sie stellt knappe Mittel bereit, um den Markt zu beleben.

Dabei vergisst die Kommission selbstverständlich nicht, über die Einhaltung der angesprochenen Wettbewerbsregeln im Europäischen Binnenmarkt zu wachen, innerhalb der EU und auch gegenüber Drittstaaten wie der Schweiz.

Michael Reiterer  
Botschafter der EU (Bern)

## Sicherheitslücke am Flughafen Zürich

Im Rahmen des Abzugs des Flughafenregiments wurde über die Sicherheit des Flughafens Zürich diskutiert. Die Sicherheitslücken sind ebenso trivial wie krass: In Zürich können abfliegende Passagiere, ohne je durch eine Sicherheitskontrolle gehen zu müssen, in den Ankunftsbereich des Terminals A und somit ans Gate der ankommenden Flugzeuge gelangen. Lediglich eine nette Dame, welche den aussteigenden Passagieren den Weg weist, steht allfälligen Terroristen «im Weg». Die Sicherheitsverantwortlichen der Swiss scheinen dieses Risiko in Kauf zu nehmen und beweisen damit, dass sie dem neuen Bedrohungsbild nach 9/11 nicht gerecht werden.

Othmar Koch (Rotkreuz)

## AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbrief  
NZZ-Postfach  
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29  
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 18 74, print@nzz.ch

PREISE ABONNEMENTE (INKL. MWST)

Abonnement Inland inkl. Internetausgabe NZZGlobal: 465 Fr. (12 Monate), 260 Fr. (6 Monate), 145 Fr. (3 Monate). Für Umleitungen wird eine Bearbeitungsgebühr von 7 Fr. erhoben. Unterbrüche, die mehr als 6 aufeinanderfolgende Ausgabebände umfassen, werden ab der 7. Ausgabe vergütet.

Kombi-Abonnement inkl. NZZ am Sonntag und Internetausgabe NZZGlobal: 558 Fr. (12 Monate), 318 Fr. (6 Monate), 182 Fr. (3 Monate)

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. Internetausgabe NZZGlobal: 395 € (12 Monate), 210 € (5 Monate), 105 € (3 Monate). Übrige Auslandspreise auf Anfrage

Abonnement NZZGlobal: 326 Fr. (12 Monate), 182 Fr. (6 Monate), 102 Fr. (3 Monate)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2009

BEGLAUBIGTE AUFLAGE  
Verkaufte Auflage: 143 009 Expl. (WEMF 2008)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.  
© Neue Zürcher Zeitung AG

## Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780  
Der Zürcher Zeitung 230. Jahrgang

REDAKTION  
Chefredaktor: Markus Spillmann (msn.)

Stellvertreter:  
Gerhard Schwarz (G. S.)

Koordination: Beat Brenner (bb.)  
Nachrichtenchef: René Zeller (rz.)

International: Martin Woker (wok.), Jürg Dedial (de.), Beat U. Wieser (B. W.), Nicoletta Wagner (nw.), Cyrill Stieger (C. Sr.), Eric Gujer (eg.), Anton Christian (ach.), Andreas Rüesch (A. R.), Oswald Iten (O. I.).  
Schweiz: Matthias Saxer (Sx.), Christoph Wehrli (C. W.), Bruno Lezzi (Lz.), Claudia Schoch (cs.), Walter Hagenbüchle (hag.), Hanspeter Mettler (met.), Claudia Baer (cb), Claudia Wirz (cz.), Markus Hofmann (hof.), Martin Senti (se.), Paul Schneeberger (P.S.), Simon Gemperli (sig.); Bundeshaus: Beat Waber (wab.), Monika Rosenberg (rom.), Katharina Fontana (fon.), Eva Matter Schaffner (Mt.).

Wirtschaft/Börse: Gerhard Schwarz (G. S.), Beat Brenner (bb.), Werner Enz (nz.), Beat Gygi (Gy.), Ermes Gallarotti (ti.), Sergio Aiolfi (ai.), Nicole Rütli (Ruzic) (nrü.), Andrea Martel Fus (am.), Michael Rasch (ra.), Giorgio V. Müller (gvm.), Marco Kaufmann Bossart (kam.), Claudia Aebbersold Szalay (cae.), Matthias Benz (mbe.), Michael Ferber (feb.).

Feuilleton: Martin Meyer (mey.), Marianne Zelger-Vogt (m. v.), Christoph Egger (che.), Roman Hollenstein (holl.), Angela Schäfer (as.), Peter Hagmann (hmn.), Barbara Villiger Heilig (vil.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Andrea Köhler (koh.), Uwe Justus Wenzel (ujw.), Roman Bucheli (rb.), Susanne Ostwald (owd.), Samuel Herzog (her.).

Zürich: Thomas Ribi (rib.), Michael Baumann (mbm.), Adrian Krebs (ark.), Rebekka Haefeli (ekk.), Christina Neuhaus (cn.), Dorothee Vögeli (vö.), Florian Sorg (flo.), Irène Troxler (tox.), Benjamin Tommer (bto.), Urs Bühler (urs.), Kuno Gurtner (kg.), Walter Bernet (wb.), Brigitte Hürlimann (brh.), Gordana Mijuk (am), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.); Zürcher Kultur: Urs Steiner (sru.), Philipp Meier (phi.), Ueli Bunnays (ubs.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Peter Jegen (jeg.), Christoph Fisch (cf.), Jan Mühlthaler (jam.), Flurin Cläflina (cl.), Andreas Kopp (ako.).

Projekte/Stv. Nachrichtenchefin: Nicoletta Wagner (nw.).

Nachrichtenredaktion: Claudia Schwartz (ces.), Susanne Ostwald (owd.).

Reporter: Marcel Gyr (-yr.), Alois Feusi (fsi.).

Wissenschaft / Forschung und Technik: Christian Speiser (Spe.), Alan Niederer (ni.), Stephanie Kusma (kus.), Hanna (Lena Johanna) Wick (H. W.).

Beilagen (Mobil / Digital / Reisen und Freizeit): Walter Hagenbüchle (hag.), Friedemann Bartu (fb.), Rainer Stadler (rst.), Stefan Janz (sj), Susanna Müller (sm.); NZZ campus: Jan Mühlthaler (jam.), Ronald Schenkel (rel.).

REDAKTIONELLE MITARBEITER

International: Meret Baumann (bam.), Schweiz: Davide Scruzi (dsc.), Bundeshaus: Niklaus Nustling (nn.).

Wirtschaft/Börse: Thomas Stamm (ts), Lucie Paska

(ipa.). Feuilleton: Alexandra Stäheli (als.), Joachim Güntner (gü.), Paul Jandl (Jdl.), Marc Zitzmann (zit.). Zürich: Natalie Avanzino (ava.), Susanna Ellner Fertek (els.), Ümit Yoker (üy); Zürcher Kultur: Bettina Spoerri (bsp.), Sport: Benjamin Steffen (bsn.), Stefan Osterhaus (sos.), Anja Knabenhans (ajn.). Nachrichtenredaktion/Reporter: Lorenz Frischknecht (fri.), Manuela Nyffenegger (nyf.), Jan Roth (jro.), Daniel Wechlin (daw.).

Art Director: n. n., Bildredaktion: Claudine Hartung (hng.), Christian Güntlisberger (cgü.), Karin Arzthaus (kaz.), Katharina Grieder (kgr.). Fotografen: Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Christian Beutler (beu.). Weitere Funktionen (Leitung): Korrektorat: Stephan Dovč; Archiv: Ruth Haener.

KORRESPONDENTEN IM INLAND

Französische Schweiz: Christophe Büchi (C. Bi.), Italienische Schweiz: Barbara Hofmann (bhn.), Bern: S. Bundeshaus, Nordwestschweiz: Daniel Gerny (dgy.). Ostschweiz: Jörg Krummenacher (kru.). Innerschweiz: Martin Merki (mjm.). Bundesgericht: Markus Felber (fel.). Sport: Jürg Vogel (gel.).

KORRESPONDENTEN IM AUSLAND

Paris: Christian Müller (Ch. M.), Andreas Uhlig (Ug.). London: Peter Rásonyi (pra.). Dublin: Martin Alioth (ali.). Berlin: Ulrich Schmid (U. Sd.). Frankfurt: Christoph Eisenring (cei.). München: Stephanie Lahrtz (slz.). Rom: Nikos Tzermias (Tz.). Wien: Charles E. Ritterband (cer.), Matthäus Kattinger (M. K.), Thomas Fuster (tf.) (Türkei, West-Balkan). Stockholm: Ingrid Meissl Årbo (I. M.). Brüssel: Peter Winkler (win.), René Höltzsch (Ht.). Prag: Rudolf Herrmann (ruh). Moskau: Markus Ackerer (mac.). Gerald Hosp (gho.). Madrid: Peter Gaupp (pgp.). Lissabon: Thomas Fischer (ter.). Athen: Amalia van Gent

(it.). Limassol: Victor Kocher (vk.) (arabische Länder). Beirut: Jürg Bischof (jbi.). Kairo: Kristina Bergmann (ber.). Jerusalem: George Szpiro (gsz.). Nairobi: Kurt Pelda (K. P.). Delhi: Andrea Spalinger (spl.). Singapur: Manfred Rist (rt.). Tokio: Urs Schoettli (us.). Peking: Peter A. Fischer (pfi.). Sydney: René Vautravers (vau.). Washington: Beat Ammann (B. A.). Walter Meier (wm.). New York: Andreas Cleis (Cls.). Ottawa: Christian Jaekl (cja.). Vancouver: Karl R. Felder (Fdr.). Buenos Aires: Werner J. Marti (wj.m.). Rio de Janeiro: Christiane Henkel (C. H.).

Weitere Redaktionen (Leitung): NZZ Folio: Daniel Weber (dlw.); NZZ Film und Fernsehen: Wolfgang Frei (WF); NZZ Online: Frey Greuter (fg.); NZZ am Sonntag: Felix E. Müller (fem.); Rechtskonsultantin: Claudia Schoch.

UNTERNEHMENSLEITUNG

Albert P. Stäheli (CEO),  
Markus Spillmann, Daniel Hofer

ADRESSEN  
Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29 Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 13 23, verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich Schweiz; Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39 leaserservice-schweiz@nzz.ch

International: Tel. +41 44 258 1803, Fax +41 44 258 1829, leaserservice-international@nzz.ch

Inserate: Publicitas, NZZ Media, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70 druck@nzzmedia.ch, www.nzzmedia.ch

Anzeigen: Zürichstr. 39, CH-8952 Schlieren;